

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Finanzausschusses**

**zu der Mitteilung der Landesregierung vom 24. Oktober 2008  
– Drucksache 14/3464**

**Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags;  
hier: Beratende Äußerung des Rechnungshofs vom 29. Oktober  
2004 zur Bauunterhaltung und zum Sanierungsbedarf  
der Universitätsgebäude**

### Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung der Landesregierung vom 24. Oktober 2008 – Drucksache  
14/3464 – Kenntnis zu nehmen.

20. 11. 2008

Der Berichterstatter:

Michael Theurer

Der Vorsitzende:

Ingo Rust

### Bericht

Der Finanzausschuss beriet die Mitteilung Drucksache 14/3464 in seiner  
31. Sitzung am 20. November 2008.

Der Berichterstatter dankte der Landesregierung für den von ihr vorgelegten  
Bericht und fuhr fort, aus der Mitteilung gehe hervor, dass der Appell des  
Rechnungshofs, die vorhandenen Universitätsgebäude zu sanieren und zu  
modernisieren, umgesetzt werde. Für entsprechende Zwecke würden erhebliche  
Beträge ausgegeben. Auch stünden für den Hochschulbau sowie für Klima-  
schutzmaßnahmen im Hochschul- und Behördenbau Mittel aus dem Impuls-  
programm Baden-Württemberg zur Verfügung. Dies erachte er als positiv.

Allerdings lasse der Bericht die Strategie der Landesregierung bei der Sanierung und Modernisierung der Universitätsgebäude nicht klar erkennen. Möglicherweise lege die Landesregierung sehr großen Wert auf die Entscheidungsfindung in den Universitäten. Er bitte um Auskunft, ob die Landesregierung eine übergreifende Strategie verfolge oder ob sie vor allem versuche, Anforderungen der Universitäten nach räumlichen Veränderungen mit energetischen und Unterhaltungsmaßnahmen zu kombinieren.

Der Bericht weise auch nicht deutlich aus, um welchen Betrag sich die Energiekosten aufgrund der dargestellten Baumaßnahmen verringerten. Durch solche Einsparungen müssten sich die Baumaßnahmen zum Teil ja refinanzieren. Dies entspreche nach seinem Verständnis auch einem Anliegen des Rechnungshofs.

Im Übrigen bedauere er, dass ein erfolgreiches Vermieter-Mieter-Modell nach Aussage der Landesregierung derzeit nicht realisierbar sei. Ihm erscheine dieser Hinweis der Landesregierung etwas zu lapidar, da sich in der Privatwirtschaft und in den Kommunen derartige Beispiele fänden. Doch wolle er diesen Punkt nicht überbetonen und empfehle, von der Mitteilung der Landesregierung Kenntnis zu nehmen.

Die Ministerialdirektorin im Finanzministerium gab bekannt, im Hochschulbereich bestehe in der Tat ein hoher Sanierungsbedarf. Inzwischen würden deutlich über 50 % der Baumittel pro Jahr nur für Hochschulmaßnahmen ausgegeben.

Das Finanzministerium rechne im Hochschulbereich mit einem Sanierungsbedarf von rund 4 Milliarden €. Ihr Haus gehe jetzt insbesondere in Bezug auf die Universitäten nach einem langfristig angelegten Entwicklungskonzept mithilfe von Neubaumaßnahmen vor, um angemessene Entscheidungen zu treffen und der Gefahr zu begegnen, dass in einigen Jahren schon wieder ein Sanierungsbedarf auftrete. Die Entwicklung des Campus der Universität Tübingen z. B. sei in hohem Maß konzeptionsbedürftig.

Auch durch das Impulsprogramm Baden-Württemberg hätten die wichtigsten Maßnahmen vorgezogen werden können. Jede Neubaumaßnahme sei unter energetischen Gesichtspunkten optimiert auszugestalten. Ferner werde geprüft, in welcher Form auch im Zuge von Sanierungsmaßnahmen energetisch optimal saniert werden könne.

Ein Abgeordneter der Grünen erwähnte, im Jahr 2004 sei im Hochschulbereich ein Sanierungsstau von etwa 3 Milliarden € festgestellt worden. Er fragte, ob die Maßnahmen, die die Landesregierung in dem vorliegenden Bericht darstelle, zu einem echten Abbau dieses Sanierungsstaus führten.

Die Ministerialdirektorin äußerte, wenn das gegenwärtige Volumen der im Einzelplan 12 ausgewiesenen Baumittel in Höhe von 430 Millionen € pro Jahr nicht erheblich gekürzt werde, sehe das Ministerium eine gute Chance, den Sanierungsstau Schritt für Schritt in angemessener Zeit abzuarbeiten.

Ohne Gegenstimmen verabschiedete der Ausschuss entsprechend dem Vorschlag des Berichterstatters die Beschlussempfehlung an das Plenum, von der Mitteilung Drucksache 14/3464 Kenntnis zu nehmen.

25. 11. 2008

Michael Theurer